

sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVIII/233

5. Dezember 1973

Chancen und Bewährungsprobe

Die Energiekrise und der öffentliche Verkehr

Von Lothar Wrede MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verkehr der SPD-Fraktion

Seite 1 und 2 / 52 Zeilen

Die soziale Sicherung im Industriezeitalter

Zu einer Denkschrift der Evangelischen Kirche

Von Maria Schlei MdB

Mitglied des Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 und 4 / 81 Zeilen

Der Wald in der Industriegesellschaft

Bedeutung der Leistungen für die Umweltsicherung

Von Hans Krollmann MdB

Hessischer Minister für Landwirtschaft und Umwelt

Seite 5 / 46 Zeilen

Chancen und Bewährungsprobe

Die Energiekrise und der öffentliche Verkehr

Von Lothar Wrede MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verkehr der SPD-Fraktion

Die schwierige Versorgungslage beim Erdöl ist, das sollte jedem klar sein, keine Übergangserscheinung. Wir müssen uns auf die Tatsache des Ölmangels langfristig einstellen. Der Bereich des Verkehrs ist am stärksten vom Erdöl abhängig und wird daher, das liegt auf der Hand, von der weiteren Entwicklung in besonderer Weise betroffen. In Zusammenhang mit den getroffenen Maßnahmen wie Sonntagsfahrverbot und Geschwindigkeitsbegrenzung verdient das Wort des Bundeskanzlers Beachtung, daß die schwierige Lage auch Chancen für neue Entwicklungen bietet.

In der Regierungserklärung am 18. Januar 1973 hatte Willy Brandt den Vorrang des öffentlichen Nahverkehrs vor dem Individualverkehr betont und der Eisenbahn für die Zukunft größere Bedeutung beigemessen. Diese Aussagen, die im Verkehrspolitischen Konzept von Bundesminister Dr. Lauritz Lauritzen, dem "Kursbuch für die Verkehrspolitik", ihren Niederschlag fanden, haben durch die jetzt eingetretene Entwicklung zusätzliche Aktualität gewonnen.

Die künftigen Chancen sollten die Unternehmen des öffentlichen Verkehrs - die Deutsche Bundesbahn und die Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs - voll nutzen. Es heißt jetzt, sich kurzfristig auf die durch das Sonntagsfahrverbot eingetretene neue Situation einzustellen und die entstehende Angebotslücke durch ein ausgeweitetes entsprechendes Verkehrsangebot zu füllen. Die Verkehrsbetriebe sollten auf die Verkehrsbedürfnisse der Bevölkerung eingehen und damit deutlich machen,

daß der öffentliche Nahverkehr nicht so unmodern ist, wie er häufig dargestellt wird. Jetzt bietet sich die Chance zu zeigen, daß besonders in dicht besiedelten Ballungsräumen gegenüber dem Auto echte Vorteile gegeben sind. Solche Chancen aber werden versäumt, wenn, wie in manchen Bereichen bei den autofreien Sonntagen geschehen, öffentliche Verkehrsbetriebe glauben, mit einem ganz normalen Sonntagsfahrplan der neuen Situation gerecht werden zu können.

Die Autofahrer ihrerseits haben in einem Ausmaß, wie es wohl niemand erwartet hat, Einsicht in die Notwendigkeit der getroffenen Maßnahmen gezeigt. Dies sollte nicht unerwähnt bleiben, und vielleicht wird mancher von ihnen auch zukünftig die Möglichkeit des öffentlichen Nahverkehrs nutzen. Niemand kann glauben, daß es möglich wäre, das Auto ganz aus unseren Städten zu verdrängen. Es wäre aber schon viel gewonnen, wenn manche unnötige Autofahrt durch die Straßenbahn oder den Autobus ersetzt würde.

Ähnliches gilt für die Deutsche Bundesbahn. Auch sie kann jetzt einer breiteren Öffentlichkeit ihr Angebot nahebringen: sowohl im Güter- als auch im Personenverkehr. Langfristig aber ist die Situation nur durch einen verstärkten Ausbau der Verkehrsinvestitionen - bei der Deutschen Bundesbahn und im Nahverkehr - zu verbessern. Es gilt daher, die in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers und die im Verkehrspolitischen Konzept des Bundesverkehrsministers aufgezeigten verkehrspolitischen Maßnahmen verstärkt voranzutreiben. Es dürfte dabei unbestritten sein, daß dies nicht ohne entsprechende Finanzhilfen der Öffentlichen Hand gehen kann. Hier ist die Politik gefordert!

(-/5.12.1973/bgy/ee)

+ + +

Die soziale Sicherung im Industriezeitalter

Zu einer Denkschrift der Evangelischen Kirche

Von Maria Schlei MdB
Mitglied des Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat die Denkschrift seiner Kammer für soziale Ordnung der Öffentlichkeit in der Hoffnung übergeben, daß die dort vertretenen Gesichtspunkte und Ziele gebührende Beachtung finden. Diesem Wunsche sollte man nachkommen.

Die Denkschrift ist aus 92 thesenartigen Einzelabschnitten zusammengefügt und strukturiert sich in drei Hauptteile: Grundsätze und Leitgedanken für die soziale Sicherung, Überlegungen zur weiteren Gestaltung der sozialen Sicherung, und Schlußfolgerungen. Die Denkschrift versucht bei aller Anerkennung der Leistungen unseres Sicherungssystems dessen Mängel aufzuweisen und gibt Anstöße zu einer Neubesinnung, wie heute soziale Verantwortung wahrzunehmen sei.

In unserer jetzigen Gesellschaftsordnung ist eine soziale Sicherung nur noch dann gewährleistet, wenn systematisch umfassende gesellschaftliche Maßnahmen und personale Hilfen entwickelt werden, die in richtiger Weise ineinandergreifen. In diesem Sinne stellt die Denkschrift das Prinzip der wechselseitigen Verantwortung in der Gesellschaft an den Anfang ihrer grundsätzlichen Betrachtungen und postuliert damit die Umkehr des herkömmlichen Prinzips der Subsidiarität. Die großen sozialen Risiken müssen demnach zunächst durch gesetzliche und finanzielle Maßnahmen der Gesellschaft, der im Staat vertretenen Gesamtheit, abgesichert werden. Erst dann kommt der Einzelne in die Lage, in personaler Verantwortung Hilfen, vor allem spontaner Art, zu leisten. Ohne institutionelle Absicherungen wäre es heute geradezu "unbarmherzig, von den Menschen Leistungen zu fordern, die ihre Möglichkeiten übersteigen". Auf ergänzende individuelle Hilfen kann jedoch nicht verzichtet werden. Daher sollte es in verstärktem Maße vordringlich Aufgabe unseres Bildungswesens sein, der Einübung sozialen Verhaltens und persönlicher Hilfsbereitschaft einen zentralen Platz - neben der fachlichen Ausbildung - einzuräumen.

Im Hinblick auf die Größenordnung des Sozialbereichs und in Anerkennung der Notwendigkeit, daß auch sozialpolitische Reformen in eine Rangordnung aller gesellschaftspolitischen Ansprüche einzufügen sind, setzt die Denkschrift Prioritäten. Hierbei orientiert sie sich vornehmlich an der "im Liebesgebot wurzelnden humanitären Forderung, der wesentlichen Grundlage der sozialen Gerechtigkeit". Befriedigende soziale Verhältnisse müssen zuerst den Mitmenschen verschafft werden, deren Lebensbedingungen trotz steigenden Lebens-

standards auch heute noch mangelhaft oder ungesichert sind.

Neben einer Neubesinnung in den Fragen, wie alte Menschen durch verbesserte finanzielle und personale Hilfsmaßnahmen aus ihrer Isoliertheit befreit werden können und wie in einzelnen Schritten ein System familiengerechter eigenständiger sozialer Sicherung der nicht erwerbstätigen Ehefrau zu erreichen ist, sollte mit Vorrang das Problem der Benachteiligung der Behinderten gelöst werden. Hinsichtlich des Rentenbezugs müßte diesen die unvermeidbar längere Ausbildungszeit als Ersatzzeit anerkannt werden. Des weiteren sollten Familien für behinderte Kinder nur die Lasten zu tragen haben, die auch sonst für Kinder aufzuwenden sind. Als ethisch unhaltbar und systemwidrig wird die Regelung angesehen, daß Eltern für ihre behinderten Kinder nach deren Volljährigkeit keine Leistungen außer denen der Sozialhilfe erhalten. Gerade hier muß nach der Denkschrift der Reformansatz gesucht werden. Zur Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit sollten besonders hier die öffentlichen Leistungen nach dem Finalprinzip geregelt werden.

Es würde über den Rahmen einer Würdigung der Denkschrift hinausgehen, alle von ihr bei kritischer Betrachtung erkannten Mängel unseres Sicherungssystems aufzugreifen, ihre umfangreichen Verbesserungsvorschläge zu einer schrittweisen Verwirklichung eines der Industriegesellschaft gemäßen sozialen Sicherungssystems aufzuzählen. Es sei jedoch noch auf ein Problem hingewiesen, auf das die Denkschrift im Bereich der sozialen Sicherung bei Krankheit und gesundheitlicher Vorsorge aufmerksam macht.

Es handelt sich um die komplizierte Situation, daß bei uns über Angebot und Nachfrage im Gesundheitswesen von der gleichen Person, dem Arzt, entschieden wird. Bedenken erregt in diesem Zusammenhang das Monopol der niedergelassenen Ärzte auf Erstbehandlung, das von den ärztlichen Standesorganisationen vertreten wird. Es sollte daher u.a. geklärt werden, ob dieses Monopol aufrechtzuerhalten ist oder ob nicht die Forderung nach freier Arztwahl die grundsätzliche Einbeziehung der Werks- und Krankenhausärzte sowie der angestellten Ärzte in die ambulante Versorgung geboten erscheinen läßt.

In der Schlußthese der Denkschrift werden der Mut der Politiker und die Bereitschaft des ganzen Volkes gefordert: "Ein Volk, dessen Glieder über den privaten Wünschen die Aufgaben der Gesamtheit und die Not benachteiligter Glieder des Volkes vergessen, setzt seine gesamte Zukunft und seine Freiheit aufs Spiel."
(-/5.12.1973/ks/bgy/ex)

+ + +

Der Wald in der Industriegesellschaft

Bedeutung der Leistungen für die Umweltsicherung

Von Hans Krollmann MdL

Hessischer Minister für Landwirtschaft und Umwelt

Zu den Aufgaben des Waldes als Wirtschafts- und Dienstleistungsobjekt ist zu sagen, daß über den Stellenwert der verschiedenen Waldfunktionen heute eifrig diskutiert wird. Dabei stellt man immer mehr den Wirtschaftsbetrieb Wald in Frage, weil dieser z.B. negative Auswirkungen auf den Erholungswert des Waldes schlechthin hat. Diese Bedenken kann ich jedoch zerstreuen. Auch ein nach ökonomischen Gesichtspunkten bewirtschafteter Wald kann die von ihm geforderten außerwirtschaftlichen Leistungen erbringen. Deshalb ist und bleibt es Ziel der hessischen Agrarpolitik, die ökonomisch ausgerichtete Tätigkeit der Forstwirtschaft im Sinne gleichrangiger Berücksichtigung der Sozial- und Schutzfunktion zu lenken und zu fördern. Die scheinbar gegensätzlichen Aufgaben können mit Harmonie erfüllt werden.

In der Vergangenheit ist der Wald als Produzent wirtschaftlicher Güter zu sehr unter dem Blickwinkel eines Produktionsunternehmens gesehen worden. Die Bedeutung der Forstwirtschaft und ihre Existenzberechtigung hat man zu einseitig an ihrer Leistung als Produktionsbetrieb und an der sich daraus errechnenden Rentabilität gemessen. Die Leistungen für Umweltsicherungen erbringt der Wald jedoch zusätzlich kostenlos. Es darf dabei nicht vergessen werden, daß die für diese Umweltsicherung wichtigen Aufgaben des Waldes nur in Verbindung mit einer nachhaltigen, rationellen Forstwirtschaft erfüllt werden können. Gerade die Kombination von Produktions- und Protektionsfunktion bietet die einzig reale Möglichkeit, die vielseitigen Anforderungen an den Wald kostengünstig zu erfüllen.

Steigende Bevölkerungszahlen, Mechanisierung, Automatisierung, wachsender Wohlstand, kürzere Arbeits- und damit längere Freizeit werden in Zukunft immer neue Anforderungen an den Wald stellen. Wenn man unter diesen Vorzeichen unter "Erhaltung einer natürlichen Umwelt" allein das Bewahren des Überkommenen versteht, so bliebe nur die Resignation. Die Bilderbuchlandschaften unserer Kindheit lassen sich nicht immer erhalten. Es gilt vielmehr, durch gestaltendes Eingreifen in die Natur eine menschenwürdige Umwelt zu schaffen und sie zu pflegen. Dies bedeutet für die Wald- und Forstwirtschaft, daß neben der Lieferung des wichtigen und umweltfreundlichen Rohstoffes Holz besonderes Augenmerk auf die Planung, Entwicklung und Sicherung von Landschaften für die Erholung zu legen ist. Der Ausbau der Naturparks muß weiter vorangetrieben werden. Zur gestalterischen Aufgabe gehört auch die Beseitigung vorhandener Landschaftsschäden. Zur Vermeidung neuerer Schäden hat die hessische Landesregierung einen "Landschaftsüberwachungsdienst" eingerichtet, der von der Forstverwaltung wahrgenommen wird. Für die Durchsetzung dieser Ziele können wir auf die Mitarbeit und die Unterstützung der Industriegesellschaft nicht verzichten. Hier leistet die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald durch ihre Öffentlichkeitsarbeit hervorragende Mithilfe.

(~/5.12.1973/ks/ex)